



SCHWERPUNKTTHEMA: DEUTSCH-NORDISCHE ZUSAMMENARBEIT

INHALT DIESER AUSGABE:

- Schwerpunktartikel zur Deutsch-Nordischen Zusammenarbeit (S. 1-9)
- Gastbeitrag von Renate Schnack (S. 6)
- Gastbeitrag von Birte Pauls MdL (S. 7)
- Gastbeitrag von Jürgen Weber MdL (S. 8)
- Denkmalschutz in Schleswig-Holstein (S. 9)
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (S. 10)
- Bewertung der Weltklimakonferenz (S. 11)
- Breitbandausbau in Schleswig-Holstein (S. 13)

BALTIC SEA LABOUR FORUM TRIALOG FÜR EINEN FAIREN UND ERFOLG- REICHEN ARBEITSMARKT IN DER OSTSEEREGION

Von Franz Thönnnes MdB

Der Schwerpunkt dieses Infobriefes liegt auf der deutsch-nordischen Zusammenarbeit. Ein gutes Beispiel hierfür ist das **Baltic Sea Labour Forum (BSLF)**. Seit 2011 dient es als gemeinsames Netzwerk von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik im Norden und geht zurück auf ein dreijähriges EU-gefördertes Projekt auf Initiative des DGB-Nord und Nordmetall, die maßgeblich von Franz Thönnnes unterstützt wurde.

Inzwischen sind 28 Organisationen rund um die Ostsee Mitglied. Gemeinsam entwickeln die **Sozialpartner** in diesem Rahmen **konkrete Handlungsempfehlungen** zu Themen wie Arbeitsmobilität, faire Arbeitsbedingungen, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Bildung und Ausbildung, gute Arbeit und Erwerbslosigkeit.

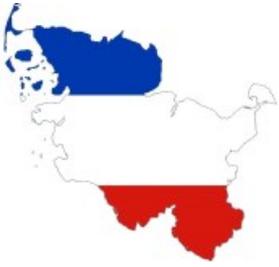


Franz Thönnnes (Mitte) mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Baltic Sea Labour Forums [Quelle: CBSS Sekretariat]

- Flexible Übergänge in die Rente (S. 14)
- Aus der Arbeit der Küstengang... (S. 15)
- Veranstaltungsankündigungen (S. 16)
- Impressum (S. 16)

Die letzte Sitzung des BSLF fand am 18. November 2015 in Polen statt. Auf dem Gelände der ehemaligen Lenin-Werft in Danzig, der Wiege der Gewerkschaft „Solidarnosc“, traf sich der Leitungskreis des Gremiums. Anschließend folgte ein Runder Tisch zu den Themen soziale Sicherheit bei grenzüberschreitender Arbeit sowie Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Fortsetzung auf Seite 5...



SCHWERPUNKTTHEMA: DEUTSCH-NORDISCHE ZUSAMMENARBEIT

DÄNISCHE GRENZKONTROLLEN – WIRKLICH EIN WEG AUS DER KRISE?

Von Matthias Ilgen MdB

Als im November letzten Jahres die Nachricht kam, dass unser nördlicher Nachbar seine Grenzkontrollen verschärfen würde, war die Entrüstung groß. Grenzen dicht? Und das 20 Jahre nach der Umsetzung des Schengener Abkommens? Ist das überhaupt mit geltendem Recht vereinbar? Die Antwort ist simpel: Auf Grund der Art und Weise der Durchführung, ja.

Zwar geschehen diese Kontrollen nicht generell überall zu jedem Zeitpunkt, sondern dynamisch – dennoch muss jeder, der von Schleswig-Holstein aus die Grenze nach Dänemark überquert in Kauf nehmen, dass sein Nummernschild gescannt und erfasst wird.

Wie sinnvoll das Ganze ist – die Frage darf durchaus erlaubt sein. Insbesondere, wenn man befürchtet, dass es zu einem Dominoeffekt kommen könnte oder wie im Falle Österreichs bereits gekommen ist. Da Dänemark nicht Teil der gemeinsamen EU-Asylpolitik ist (eine Entscheidung, die jeder EU-Mitgliedstaat selbst treffen kann) und auf Grund seiner geografischen Lage, mag die Entscheidung asylpolitisch noch zu verkraften sein:

Doch was ist, wenn das jeder macht? In der Regel verstoßen Grenzkontrollen, wie viele Staaten sie jetzt wieder einführen wollen, gegen das Schengener Abkommen.

Zudem erhöhen sie das Risiko für Schleuser und damit auch das Risiko für die Flüchtlinge selbst. Ob dies wirklich

die sinnvollste Methode ist Geld auszugeben, um der Flüchtlingskrise Herr zu werden? Neben den konkreten Kosten entstehen kostspielige Ketteneffekte.

Der kleine Grenzverkehr würde an vielen Stellen unattraktiv. Durch die Behinderung des freien Waren- und Personenverkehrs entstünden Wartezeiten, welche wiederum die Lieferketten der Logistikunternehmen zeitlich gesehen enorm verlängern. Da der Transportpreis im Schnitt etwa zehn Prozent des Preises ausmacht, würde es sich bei vielen Waren preislich bemerkbar machen, wenn ein Transport statt 18 plötzlich 30 Stunden dauert. Eine solche Behinderung des Personen- und Warenverkehrs ist mit EU-Recht zudem schlicht nicht vereinbar.

Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Europa wäre also nicht nur ein Rückschritt um 20 Jahre, sondern auch ein kurzsichtiger Akt, den jede Bürgerin und jeder Bürger im Geldbeutel spüren würde.

Und wozu das alles? Um Menschen, die bei uns Schutz suchen und sich hier oftmals ein neues Leben aufbauen möchten, fernzuhalten. Was viele bei all den vorhandenen Unwägbarkeiten und Herausforderungen aber zu vergessen scheinen:

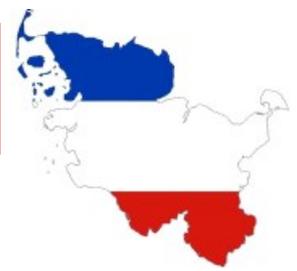
Wir brauchen diese Menschen! Unsere Bevölkerungsbilanz wäre dauerhaft negativ. Wir leben in einer immer älter werdenden und schrumpfenden Gesellschaft. Ohne den Zuzug neuer Menschen haben unsere Sozialsysteme in ihrer jetzigen Form keine Zukunft mehr.



Matthias Ilgen auf dem Weg durch das Paul-Löbe-Haus
[Quelle: Thomas Imo/phototek.net]

Wenn es gelingt die Flüchtlinge bei uns zu integrieren und sie zum Teil unserer Gesellschaft zu machen (so der Internationale Währungsfonds in einer kürzlich veröffentlichten Studie), dann kann dies für Deutschland ein signifikantes Wachstum bedeuten. Sicher, das kostet Mühe, Geld, Anstrengungen und vor allem Zeit: Aber wenn uns dies gelingt, dann würden die Kosten bei weitem aufgewogen.

Daher kann aus meiner Sicht die Devise „Grenzen dicht!“ umsichtiges politisches Handeln genauso wenig ersetzen wie „Obergrenze“ oder Phrasen wie „das Boot ist voll!“!



SCHWERPUNKTTHEMA: DEUTSCH-NORDISCHE ZUSAMMENARBEIT

WEITERBILDUNG UND DAS SKANDINAVISCHES VORBILD

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Gute und umfangreiche Weiterbildung hat Tradition in Skandinavien. Und das nicht nur, weil einer der Urväter der Erwachsenenbildung aus Dänemark kam, nämlich **Nikolai Grundtvig**, dessen 1844 begründetes alternatives freies Schulmodell der **Folkehogskole** der Idee des lebenslangen Lernens folgte.

Auch das skandinavische Sozialstaatsmodell setzt auf die lebenslange Weiterbildung als Erhalt und Pflege von Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenz, aber auch als Medium zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Das Ergebnis dieser starken Verankerung von Weiterbildung im skandinavischen **Bildungs- und Beschäftigungssystem** kann Jahr für Jahr in den vergleichenden Bildungsstudien der OECD besichtigt werden.

Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden sind bei der Weiterbildung immer in der Spitzengruppe.

Gleichzeitig liegen sie deutlich vor Deutschland, das sich immer noch im internationalen Mittelfeld aufhält.

Auch wenn der **Nationale Bildungsbericht 2014** im Einzelnen einen deutlichen Zuwachs an betrieblicher Weiterbildung, einen leichten Zuwachs an allgemeiner Weiterbildung und eine Stagnation an individuell-berufsbezogener Weiterbildung außerhalb von Betrieben aufzeigt.

Auch deshalb passt es in die Zeit, dass die SPD in der Großen Koalition eine weiterführende deutliche Verbesserung beim sogenannten **Meister-BAföG** durchsetzen konnte, die jetzt ins Parlament eingebracht worden ist und parallel zum Studierenden-BAföG zum August 2016 wirksam werden soll. Mit deutlichen Verbesserungen beim Unterhalt, in der Bezuschussung von Maßnahmekosten

und einer Erweiterung des Förderkreises.

Wenn es hier um die **Aufstiegsfortbildung der „High Potentials“** zum Meister, Techniker und Fachwirt geht, dürfen wir die andere Seite des Kompetenzspektrums allerdings keineswegs vergessen.

Gerade die weniger gut Qualifizierten halten sich von Weiterbildung fern oder werden fern gehalten, so wie es im Grundsatz auch immer noch eine Diskriminierung von Frauen, Älteren und Migrantinnen gibt.

Hier wird für die Zukunft noch stärker anzusetzen sein, wenn wir den Anschluss an die Weiterbildungsstandards von Skandinavien gewinnen wollen. Dazu gehören dann die nachhaltige Wiederbelebung der Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose, eine



Dr. Ernst Dieter Rossmann bei einer Plenardebatte zur Bildungspolitik
[Quelle: Deutscher Bundestag / Achim Melde]

schlagkräftige **Alphabetisierungsstrategie** angesichts von 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten und auch ein Ausbau der Weiterbildungsberatung.

Es ist gut, dass Schleswig-Holstein hier mit seiner Fachkräfteinitiative **„Zukunft im Norden“** jetzt voll mitzieht.

SCHWERPUNKTTHEMA: DEUTSCH-NORDISCHE ZUSAMMENARBEIT

GEHT DOCH!

NORWEGEN ZEIGT: MEHR TIERWOHL IST MÖGLICH, WENN DIE RAHMENBEDINGUNGEN STIMMEN

Von Dr. Karin Thissen MdB

Im Oktober 2015 nahm ich an einer zweitägigen **Delegationsreise** unter Leitung der Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. med. vet. Maria Flachsbarth, nach **Norwegen** teil. Die Exkursion stand ganz im Zeichen des Tierwohls und umfasste Gespräche mit Vertretern aus Landwirtschaft- und Veterinärbehörden, aber auch Stallbesichtigungen.

Die Struktur der **norwegischen Landwirtschaft** unterscheidet sich stark von unserer. Norwegen ist nicht Mitglied der Europäischen Union und kann daher seine Märkte stärker regulieren und abschotten.

Die **Löhne**, die in der Landwirtschaft gezahlt werden, sind höher als bei uns – das gleiche gilt aber auch für die Preise von Lebensmitteln. Das mahne ich auch für Deutschland an: Lebensmittel haben ihren Preis und diejenigen, die sie für uns herstellen, sollen ein gutes Einkommen haben!

Im Gegensatz zum „Transitland“ Deutschland hat Norwegen an der Peripherie des europäischen Kontinents eine Insellage.

Dadurch ist der **Infektionsdruck für landwirtschaftliche Nutztiere** deutlich geringer. Und trotzdem: Der Einsatz von Antibiotika wird restriktiver gehandhabt, etwa mit besseren Haltungsbedingungen und vorbeugenden Impfungen.

Die **Schweinehaltung** ist in einigen Punkten ganz anders organisiert als in Deutschland. So liegt die Temperatur im Stall (außer bei den Ferkeln) bei 18°C, bei uns bei über 20°C.

Außerdem wird die Gülle der Tiere außerhalb und nicht unter den Ställen gelagert. Beides ist dem Stallklima sehr zuträglich. Und das ist nicht nur gut für die Schweine, sondern auch gut für die Menschen, die dort arbeiten.

Auch ihre Ringelschwänze dürfen die Tiere behalten! In Deutschland kommt oft der Einwand, dass nicht-kupierte Schwänze zu **Kannibalmusschäden bei 80 Prozent der Mastschweine** führten.

Können die Norweger also zaubern? Nein, sie streuen beispielsweise den Liegebereich der Tiere dünn, aber ausreichend mit Stroh und/oder Hobelspänen aus. Mehr Liegekomfort und Beschäftigung erhöhten das **Tierwohl** und durch die Beschäftigung mit der Einstreu gibt es weniger Langeweile – und somit auch deutlich weniger Schwanzbeißen.

Diese Beispiele zeigen: **Mehr Tierwohl in der Landwirtschaft ist möglich**. Man muss es aber wollen! Dafür werde ich mich im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, aber auch in Fachgesprächen mit Landwirten und Verbänden, stark machen.



Dr. Karin Thissen bei der Arbeit in ihrem Büro [Quelle: Sebastian Donath]



SCHWERPUNKTTHEMA: DEUTSCH-NORDISCHE ZUSAMMENARBEIT

BALTIC SEA LABOUR FORUM

TRIALOG FÜR EINEN FAIREN UND ERFOLG-REICHEN ARBEITSMARKT IN DER OSTSEEREGION

...Fortsetzung von Seite 1

Von Franz Thönnies MdB

Hier diskutierten die Teilnehmer über eine Initiative zur Mobilität der Arbeitskräfte in der Region, mit dem Titel „BSLFmobINIT“. Denn die grenzüberschreitenden Möglichkeiten haben positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und sind ebenso für die Arbeitnehmer von erheblichem Mehrwert. Gleichzeitig sind mit ihr Herausforderungen verbunden, die die Arbeitskräfte als auch die Aufnahme- und Herkunftsländer betreffen.

zu fördern, die über das Internet abrufbar sind.

Ebenso wichtig ist **Fairness auf den Arbeitsmärkten**. Diese umfasst eine vergleichbare Behandlung der Arbeitnehmer, unabhängig von ihrem Herkunftsland und den fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen, basierend auf der **Achtung der Arbeitsbeziehungen und Tarifverhandlungssysteme**. Sie sind Schlüsselemente bei der Schaffung von fairen Arbeitsmärkten. Die Initiative wird den Erfahrungsaustausch der Sozialpartner unterstützen.

Berufliche Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen



Franz Thönnies (links) und Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord, beim Baltic Sea Labour Forum [Quelle: CBSS Secretariat]

Die **BSLF-Initiative zur Mobilität der Arbeit** konzentriert sich auf die drei Hauptbereiche „Förderung von Informationen für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die zuständigen Institutionen“, „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ sowie „Berufsbildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen“.

Alle Beteiligten benötigen Informationen über die Arbeitsbedingungen, die Steuer- und Sozialversicherungssysteme, die Lebensart sowie zu kulturellen Besonderheiten des jeweiligen Landes. Das Ziel der Initiative ist es, qualitativ hochwertige und gleichzeitig verständliche Angebote

sind zentrale Punkte, wenn es um die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Ostseeregion geht.

Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der **Jugendbeschäftigung** liegen, um die (transnationale) Berufsorientierung zu verbessern und einen reibungslosen Übergang von der Schule in den Beruf zu ermöglichen. Zur Unterstützung der transnationalen Mobilität der Jugend sollen strategische Netzwerke in den Regionen mit dem Austausch von praktischen Erfahrungen beitragen.



GASTBEITRAG ZUR „DEUTSCH-NORDISCHEN ZUSAMMENARBEIT“ MINDERHEITENPOLITIK IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von **Renate Schnack**, Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein

Für die deutsch-nordische Zusammenarbeit ist die schleswig-holsteinische Politik für und mit Minderheiten von besonderer Bedeutung – historisch und gegenwärtig.

Ein wesentlicher Bezugspunkt sind die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, deren Prinzipien grundlegend für die deutsch-dänischen Beziehungen waren und sind, aber darüber hinaus auch ein besonderes Fundament bilden für eine eigene schleswig-holsteinisch geprägte Minderheitenpolitik.

Kein anderes Bundesland in Deutschland hat so konsequent wie Schleswig-Holstein die **Prinzipien der Gesinnungsfreiheit und des Rechts auf Schutz und Förderung einer kulturellen Eigenständigkeit** für alle seine nationalen Minderheiten und Volksgruppen – also die dänische Minderheit, die Friesische Volksgruppe und die Minderheit der deutschen Sinti und Roma – in die gesetzliche Abbildung einschließlich seiner Landesverfassung eingearbeitet.

Konkrete Maßnahmen und Gesetzesvorhaben sichern den **Minderheitenstatus** und das **Minderheitenschulwesen** und tragen dazu bei, die alteingesessenen, autochthonen Kulturen und Sprachen wie Nordfriesisch oder Nieder-

deutsch zum Beispiel auch im öffentlichen Bildungssystem fortzuentwickeln.

Mit einem **Handlungsplan Sprachenpolitik** wird aktuell Mehrsprachigkeit im Alltag und im Bildungssystem als Kennzeichen einer pluralen Gesellschaft und ihrer modernen Minderheiten- und Grenzlandpolitik entwickelt. Schleswig-Holstein hat von allen Bundesländern den größten Erfahrungshintergrund in internationalen Minderheitenangelegenheiten. Und nicht zuletzt ist seit Jahren eine Partei einer nationalen Minderheit Teil einer erfolgreichen **rot-grün-blauen Koalitionsregierung**.

Gezielt wurde eine **deutsch-nordische Kontaktfläche** entwickelt, die mittlerweile geographisch wie politisch weit

über das klassische deutsch-dänische Grenzland hinaus Wirkung entfaltet. Die ansässigen Minderheitenorganisationen leisten dazu ihren eigenständigen kreativen Beitrag.

Das sind Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale, die sich nicht zufällig entwickeln, sondern Ergebnis einer modernen Gesellschaftspolitik sind, die soziale und demokratische Prinzipien mit dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft einfordert und hervorbringt.

Dies gilt auch in Zeiten wie diesen, in denen Menschen



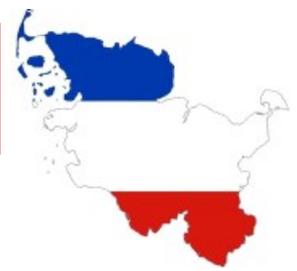
Renate Schnack, Beauftragte des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein in Angelegenheiten nationaler Minderheiten und Volksgruppen, Grenzlandarbeit und Niederdeutsch
[Quelle: Renate Schnack]

aus anderen Kulturen und aus Kriegsgebieten bei uns Zuflucht suchen und finden.

Denn es gilt: Ob zivilgesellschaftliches Engagement wie bei der minderheitenpolitischen Dachorganisation **FUEV*** oder wissenschaftliche Forschung wie beim **ECMI**** – bei uns in Schleswig-Holstein ist das Wissen, dass **gute Minderheitenpolitik zugleich Friedens- und Sicherheitspolitik** ist, politisch und gesellschaftlich präsent.

* **FUEV**: Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Flensburg

** **ECMI**: European Centre for Minority Issues, Flensburg



GASTBEITRAG ZUR „DEUTSCH-NORDISCHEN ZUSAMMENARBEIT“ DEUTSCH-DÄNISCHE GRENZREGION IM ZEICHEN DER ZEIT

Von Birte Pauls, Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags und Sprecherin für deutsch-dänische Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit und die regelmäßigen Gespräche zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Sozialdemokraten haben eine lange und gute Tradition. Deshalb belastet es unser Verhältnis auch nicht, dass wir uns bei den Themen Passkontrollen und Flüchtlingspolitik nicht einig sind. Wir haben uns in den letzten Wochen getroffen und uns regelmäßig sehr intensiv über die aktuelle Situation ausgetauscht und gegenseitig informiert.

Die jetzige „Venstre“-Regierung wird durch eine europa- und ausländerfeindliche „Dansk Folkeparti“ getragen. Selbstverständlich haben wir die innenpolitischen Beschlüsse Dänemarks zu respektieren. Wenn aber die Beschlüsse des dänischen Folketings direkt und mittelbar Auswirkungen auf die gemeinsamen Grenzen bzw. auf die Menschen in den Grenzregionen haben, dann dürfen wir uns schon mal zu Wort melden. Das hat nichts mit mangelndem Respekt vor demokratisch gefassten Beschlüssen zu tun.

Es hat etwas damit zu tun, dass wir unsere Grenzregionen besonders im nördlichen Landesteil seit vielen Jahren gemeinsam denken und auch, besonders während unserer Regierungszeit, gemeinsam gestalten.

Die Region **Sønderyland / Schleswig** ist für uns genauso

wichtig wie die **Øresundsregion um Malmø und Kopenhagen für Seeland** ist. Eine erleichterte Passkontrolle zwischen Dänemark und Schweden darf nicht zu Lasten unserer Grenzregionen gehen. Auch wenn die Einschränkungen in den letzten Wochen überschaubar waren, befürchten wir bei längerfristigen und intensiveren Passkontrollen, besonders in der Region **Sønderyland / Schleswig** Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, Handel, Mobilität, Kultur, Bildung, Gesundheitsversorgung und Tourismus. Das sind aber insbesondere genau die Bereiche, die wir gemeinsam erfolgreich in den letzten Jahren gestaltet haben und auf deren Ergebnisse wir zu Recht stolz sein können. Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft – es gibt viele Akteure, die ihren Teil dazu beigetragen haben. Unsere Minderheiten sind auch an dieser Stelle echte Brückenbauer. Von diesen gewachsenen Erfahrungen profitiert auch die **Fehmarnbeltregion** – ein reger Austausch findet auf verschiedenen Ebenen statt.

Die **Freizügigkeit** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Studierende, für Touristen, für Handel und Dienstleistungen, für Kultur und der dadurch mögliche und täglich stattfindende Austausch ist eine hervorragende Errungenschaft, auf die wir stolz sind und die wir angesichts aktueller humanitärer Herausforderungen für ganz Europa nicht in Frage stellen oder aufs Spiel setzen sollten.

Unsere Kritik ist auch gehört worden. So hat man von dänischer Seite beispielsweise Abstand von den ursprünglichen Plänen genommen, die Transportfirmen für die

Passkontrollen verantwortlich zu machen.

Die **Pendlerzahlen** machen deutlich, wie wichtig eine gemeinsame Politik für die Menschen in der Grenzregion ist.

Die Zahlen haben sich nach dem „Hype“ im Jahre 2008 von 19.300 auf mittlerweile rund 8.500 regelmäßige Pendler „eingependelt“.

Die Beratungsangebote des „Infocenters Grenze“ werden zudem sehr gut angenommen. Bis Ende 2014 haben 34.033 Beratungen stattgefunden.

Fortsetzung auf Seite 8...



Birte Pauls bei einer Rede beim Landesparteitag 2015 in Neumünster
[Quelle: SPD Schleswig-Holstein]



GASTBEITRAG ZUR „DEUTSCH-NORDISCHEN ZUSAMMENARBEIT“ DEUTSCH-DÄNISCHE GRENZREGION IM ZEICHEN DER ZEIT

...Fortsetzung von Seite 7

Von Birte Pauls MdL

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es weiterhin die Mobilitätsbarrieren, die sich besonders auch in der Unterschiedlichkeit der Sozialsysteme widerspiegeln, abzubauen.

Dafür haben die schleswig-holsteinische und die dänische Regierung gemeinsame Erklärungen unterschrieben, die auch die Bereiche Kultur und Verkehr betreffen. Gemeinsame Studiengänge gehören bereits zum Alltag.

Die vorübergehend eingeführten Passkontrollen auf dänischer Seite dürfen deshalb keine Rolle rückwärts des Grenzlandes sein und einer weiteren Zusammenarbeit zur Stärkung der deutsch-dänischen Grenzregion nicht im Wege stehen.

Wir bekennen uns weiterhin zu unserer vielseitigen und offenen Region, die wir eigentlich ohne Grenzen im Kopf denken wollen, zu der im Schengener Abkommen vereinbarten Freizügigkeit und appellieren für eine gemeinsame humanitäre und solidarische Flüchtlingspolitik in Europa, in der nationale Egoismen angesichts der historischen Herausforderungen einfach mal etwas zurückstehen sollten.

GASTBEITRAG ZUR „DEUTSCH-NORDISCHEN ZUSAMMENARBEIT“ DIE POLITISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT SCHWEDEN WÄCHST

Von Jürgen Weber, Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags und Vorsitzender der SPD Kiel

Deutsch-schwedische Kontakte und Kooperationen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gibt es seit Langem. Die SPD in Schleswig-Holstein und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) in Skåne haben begonnen, auch auf politischer Ebene, durch regelmäßige Treffen einen intensiven Meinungs austausch zu etablieren. Zwischen der Kieler SPD und der SAP Malmö gibt es zudem seit drei Jahren ein formelles Abkommen über konkrete Zusammenarbeit, aus dem sich bereits von Fachkongressen (Berufliche Bildung) bis zu aktiver gegenseitiger Wahlkampfhilfe eine Vielzahl von Aktivitäten gebildet haben. **Jüngstes Beispiel ist ein Projekt zur Integration von Migrantinnen und Migranten in die politische Arbeit und in die Partei.**

Die Zuwanderung stellt zurzeit alle anderen Themen, bei uns wie in Schweden, in den Schatten. Beide Staaten stehen für eine große Aufnahme von Menschen, von denen viele Geflüchtete sind. Dass mit Jahresbeginn auch Schweden ernsthafte Grenzkontrollen eingeführt hat, widerspricht dem nicht. Das Asyl- und Einwanderungsrecht ist zwischen dem rot-grünen und dem bürgerlichen Lager im Grundsatz nicht um-

stritten. Die Gesetze sind sehr weitgehend bei der Definition von Schutzbedürftigkeit von Menschen. Dagegen sind die Bestimmungen für „Arbeitseinwanderung“ restriktiv und auch streitig. Gewerkschaften und Sozialdemokraten wollen Lohndumping-Einwanderung unterbinden. Die bürgerlichen Parteien verbinden eher die ökonomischen Interessen der Unternehmen mit humanitären Argumenten. Die rechten **Sverigedemokrater** als Gegenpol liegen nach neuesten Umfragen immerhin bei zirka 20 Prozent der Wählerstimmen.

Fortsetzung auf Seite 9...



Jürgen Weber bei einer Rede im schleswig-holsteinischen Landtag [Quelle: Jürgen Weber]



GASTBEITRAG ZUR „DEUTSCH-NORDISCHEN ZUSAMMENARBEIT“ DIE POLITISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT SCHWEDEN WÄCHST

...Fortsetzung von Seite 8

Von Jürgen Weber MdL

Die **rechtsfreien Räume** im europäischen „Flüchtlingstransit“ – allein 80.000 Einwanderer in zwei Monaten (Okt./Nov. 2015) – haben nicht die Politik im Grundsatz, wohl aber ihre Realisierung zum Kollabieren gebracht.

Beschlossen wurden:

- Begrenzungen des Familiennachzugs sowie höhere Anforderungen an Unterhaltsvoraussetzungen beim Zuzug
- Begrenzungen des Aufenthaltsrechts auf Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber nach den Bestimmungen des Asylgesetzes
- Die Gewährung eines Aufenthaltsrechts darüber hinaus

nur noch in Einzelfällen

- Ausweispapiere werden jetzt auch tatsächlich geprüft.

Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfven nennt das die erzwungene vorläufige Anpassung an das „EU-Minimalniveau“. Schweden bleibt dennoch mit an der Spitze der Aufnahmeländer: Mit einer umfassenden humanitären Gesetzgebung, einer weitgehenden, aber nicht beliebigen, Festlegung von Schutzkriterien, des Prinzips von humanitärer Hilfe und internationaler Solidarität sowie einer Ausrichtung auf den Sozialstaat und die Interessen der Arbeitnehmer.

Dieser Kompass bestimmt die schwedische Regierungspolitik – ein erkennbarer Unterschied zur wohlmeinenden, aber faktisch chaotischen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Ein Grund mehr, die Zusammenarbeit mit Schweden auszubauen.

BUND GIBT SEIT 2013 20,5 MIO. EURO FÜR 14 DENKMALSCHUTZ-PROJEKTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN!

Von Bettina Hagedorn MdB

Seit 2008 legt der Haushaltsausschuss des Bundestags, in dem ich schon über 13 Jahre Mitglied bin, jährlich Sonderprogramme zur Denkmalschutzförderung auf – auch Schleswig-Holstein hat davon immer wieder profitiert.

Am 12. November 2015 kam ein besonderer Pauken-

schlag für den Norden: Der Haushaltsausschuss beschloss auf einen Schlag satte 18,6 Mio. Euro! Der größte Anteil geht dabei an die Westküste: Mit 9,35 Mio. Euro wird die Sanierung der **18 Kirchen auf Eidelstedt** finanziert, die überwiegend aus dem zwölften Jahrhundert stammen – nirgends sonst im Norden ist die Dichte an Gotteshäusern so hoch wie dort. Auch für die **Sanierung des Schleswiger Doms** steht ein Millionenbetrag zur Verfügung:



Bettina Hagedorn übergibt den Förderbescheid über 200.000 Euro an Pastor Bertold Kark-Carlson von der St.-Petri-Kirche Landkirchen auf Fehmarn. Im Hintergrund (v.l.n.r.): Bürgermeister Jörg Weber (SPD), der Präses der Kirchenkreissynode, Dr. Peter Wendt und der stellvertretende Landeskonservator Dr. Dirk Jonkanski [Quelle: Melina Ulbrich, Kirchenkreis Ostholstein]

Mit 8,65 Mio. Euro übernimmt der Bund die Hälfte der Kosten. In den letzten Jahren bröckelten schon Fassadenteile vom mit 112 Metern dritthöchsten Kirchturm im Land.

Besonders freut mich, dass wir über die Denkmalschutzförderung auch indirekt die **Minderheitenpolitik** unterstützen: 600.000 Euro haben wir Haushalter für das **Haus der Minderheiten in Flensburg** bewilligt. Das ehrgeizige Projekt, ein Informationszentrum für Minderheitenfragen in historischem Ambiente einzurichten, erhält so im 60. Jubiläumsjahr der Bonn-Kopenhagener Erklärungen echten Rückenwind.

Fortsetzung auf Seite 10...



BUND GIBT SEIT 2013 20,5 MIO. EURO FÜR 14 DENKMALSCHUTZ- PROJEKTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN!

...Fortsetzung von Seite 9

Von Bettina Hagedorn MdB

Schon 2014 hatte das Bundesbauministerium entschieden, die **Deutsch-Dänische Kulturachse Flensburger Altstadt** mit 1,6 Mio. Euro zu fördern und der Haushaltsausschuss bewilligte 2014 ganze 200.000 Euro für den **Salondampfer „Alexandra“** an der Flensburger Förde!

Für Schleswig-Holsteins Kulturpolitik sind diese enormen Fördermittel aus Berlin eine unverzichtbare Unterstützung, denn unser an nationalen Denkmälern reiches Land hat kaum genug Ressourcen, um das kulturelle Erbe angemessen zu sanieren und zu bewahren.

Seit 2013 hat der Haushaltsausschuss außerdem die Sa-

nierung des **Ahrensburger Schlosses** mit 400.000 Euro gefördert, bewilligte für den **Oldenburger Wall** 180.000 Euro, für den **Holzgiocenturm der Kirche Landkirchen auf Fehmarn** 200.000 Euro, für die **Alte Apotheke Krempe** 240.000 Euro, für das **Asmussen-Woldsen-Stift** in Husum 82.000 Euro und für das **Neue Rathaus** in Wilster 40.000 Euro.

Besonders oft durfte sich unsere „Kulturhauptstadt“ Lübeck über Bundesgelder freuen: Mit der **Synagoge** (580.000 Euro), der **Saalkirche in der Königstraße** (160.000 Euro), dem **Glockenturm der St.-Aegidien-Kirche** (75.000 Euro) und der **Fischerkirche St. Andreas** in Schlutup (86.000 Euro) flossen allein in dieser Wahlperiode fast 900.000 Euro in die Hansestadt.

UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE BRAUCHEN BESONDEREN SCHUTZ

Von Sönke Rix MdB

Am 1. November 2015 ist das „**Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher**“ in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist insbesondere, durch eine landes- und bundesweite Aufnahmepflicht sicherzustellen, dass die Unterbringung, Versorgung und Betreuung den besonderen Schutzbedürfnissen Rechnung tragen. Dabei ist die Kinder- und Jugendhilfe primär zuständig für Erstversorgung, Unterbringung, Betreuung, Clearingverfahren und die sich an die Inobhutnahme anschließende Hilfeleistungen.

Doch warum fliehen Minderjährige eigentlich alleine? Generell werden Familien auf der Flucht häufiger

getrennt als früher. Dies geschieht aufgrund von veränderten Schleuserstrategien, weil **Schleuser** dies billigend in Kauf nehmen oder weil sie es provozieren, um Familien gefügiger zu machen. Jugendämter sowie Einrichtungen gehen davon aus, dass ein nicht unerheblicher Teil der unbegleiteten Minderjährigen hiervon betroffen ist.

Oftmals schicken aber auch Eltern ihre Kinder alleine auf die Flucht, um sie vor **Verfolgung** zu schützen. Eine Feldstudie in Afghanistan kam 2014 zu dem Ergebnis, „[...] dass Kinder meist aufgrund einer Kombination mehrerer Faktoren ihre Heimat verlassen und nach Europa fliehen,

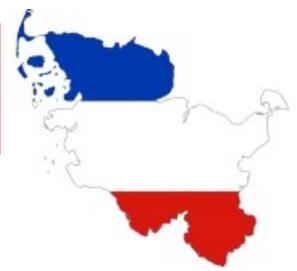


Sönke Rix im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages [Quelle: Sönke Rix]

darunter Armut, Unsicherheit, mangelhafte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie Erwartungen von Familienmitgliedern“.

Teilweise suchen die Familien gezielt die Kinder und Jugendlichen aus, bei denen sie die beste Perspektive im Ankunftsland annehmen. Es gibt aber auch sogenannte **kinderspezifische Fluchtgründe**: Zwangsrekrutierung als Kindersoldaten, geschlechtsspezifische Verfolgung (Genitalverstümmelung), innerfamiliäre Gewalt, Kinderprostitution oder Zwangsverheiratung.

Fortsetzung auf Seite 11...



UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE BRAUCHEN BESONDEREN SCHUTZ

...Fortsetzung von Seite 10

Von **Sönke Rix MdB**

In Schleswig-Holstein beläuft sich die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die seit dem 1. November 2015 eingereist sind und sich in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit befinden, auf 843.

Vorher wurden 366 junge Flüchtlinge, die zudem in Schleswig-Holstein ankamen, auf andere Bundesländer verteilt (Stand 10.12.2015). Hinzu kommen natürlich die 2.143 jungen Flüchtlinge, die bereits vor dem 1. November in Schleswig-Holstein waren.

Unbegleitete ausländische Minderjährige sind überwiegend Jugendliche, die bald die Volljährigkeit erreichen: 70 Prozent der in Obhut genommenen Jugendlichen waren 16 oder 17 Jahre alt, nur sechs Prozent der in Obhut genommenen Jugendlichen waren jünger als 14. Grundsätzlich ist aber eine Tendenz festzustellen, dass die unbegleiteten Minderjährigen jünger werden.

Belastbare Zahlen liegen hierzu allerdings lediglich bis zum Jahr 2014 vor. Der ganz überwiegende Teil der asylsuchenden Minderjährigen kam 2014 aus vier Hauptherkunftsländern: Afghanistan, Eritrea, Syrien und Somalia. Für 2015 vermuten wir einen Anstieg derjenigen, die aus Syrien geflüchtet sind.

WELTKLIMAKONFERENZ SETZT SIGNAL FÜR BESCHLEUNIGTEN UMSTIEG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN

Von **Dr. Nina Scheer MdB**

Das Ergebnis der Klimakonferenz von Paris ist ein klares Signal für den Klimaschutz. Mit der Einigung haben alle 187 Staaten zugesagt, den Umstieg auf Erneuerbare Energien zu beschleunigen und die Anstrengungen für mehr Energieeffizienz zu verstärken.

Ein Langfristziel soll sich neben der Zwei-Grad-Obergrenze auch an dem **G7-Staaten-Beschluss** orientieren, im Laufe des Jahrhunderts eine weltweite Dekarbonisierung zu erreichen. Alle fünf Jahre soll überprüft werden, ob die Minderungszusagen mit Blick auf das Klimaziel ausreichen. Ist dies nicht der Fall, müssen die

Staaten, die ihre Zusagen nicht einhalten, ihre Anstrengungen verstärken. Zudem sollen die Industrieländer die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien in Entwicklungsländern in der vereinbarten Höhe von 100 Milliarden US-Dollar jährlich ab 2020 sicherstellen.

Mit der nun erreichten Einigung gilt es auch in Deutschland den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas als einen unvermeidbaren Schritt im **Zeichen des Klimaschutzes** wahrzunehmen und dahingehende Umsetzungsschritte einzuleiten. Der möglichst frühzeitig vollständige Umstieg auf Erneuerbare Energien ist dabei Grundvoraussetzung für Klimaschutzfolge.



Dr. Nina Scheer ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages [Quelle: Joachim E. Roettgers]

Insbesondere mit **Blick auf die Kohleregionen** müssen wir uns dabei auf einen massiven Strukturwandel vorbereiten. Da es über die vergangenen Jahre immer auch eine politische Entscheidung war, die Kohleverstromung in der gewachsenen Form „zuzulassen“, steht wiederum die Politik in der Verantwortung, einen Kohleausstieg mit Blick auf die Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze in den betreffenden Regionen so zu begleiten, dass Strukturbrüche vermieden werden.

Selbstredend darf daraus keine neuerliche **Subvention für die Kohleindustrie** erwachsen. Um letzteres zu vermeiden, muss die politische Richtungsentscheidung klar und unausweichlich ausfallen: auf einen sozialverträglich ausgestalteten Kohleausstieg.

Fortsetzung auf Seite 12...

WELTKLIMAKONFERENZ SETZT SIGNAL FÜR BESCHLEUNIGTEN
UMSTIEG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN

...Fortsetzung von Seite 11

Von Dr. Nina Scheer MdB

Sinnvollerweise gilt es die hierbei fortzuschreibende Energiewende mit Blick auf die Sektoren Strom, Wärme, Verkehr und auch Landwirtschaft miteinander zu verzahnen.

So können Synergieeffekte gewonnen und überschussbedingte Verluste vermieden werden. Schleswig-Holstein geht hierbei mit den landeseigenen Ausbauzielen für Erneuerbare Energien wegweisend voran.

ßend unterirdisch einzulagern wäre. Einer Technik, die als CCS (Carbon Capture Storage) in Bezug auf Kohlekraftwerke in Deutschland bereits vor einigen Jahren als **risikobehaftete Endlager-Technologie** verbreitet auf Ablehnung stieß, wird auf diesem Weg „in neuem Gewand“, als sog. BECCS (Bio Energy Carbon Capture Storage) eine vermeintliche Schlüsselfunktion zugewiesen.

Das Problem: Solche und andere Maßnahmen (etwa Chemiezusätze für das Meer zur Bindung von Methan) erwecken den Anschein der Zielerreichung, selbst wenn die entsprechenden Nivellierung negativer Emissionen nicht

sichergestellt ist, geschweige denn mit Blick auf **Landschaftsverbrauch und Endlagerrisiken** sinnvoll wäre – gleichsam einem (faulen) Klimaschutzkredit.

Insofern ist Achtsamkeit gefragt, mit welchen Annahmen gemäß internationaler Vereinbarung Maßnahmen des Klimaschutzes getroffen werden.

Etikettenschwindel Atomenergie
Darüber hinaus darf es auch nicht passieren, dass Atomenergie über internationale Klimaschutzabkommen neue Legitimation als "klimaschonende" Energie erlangt.

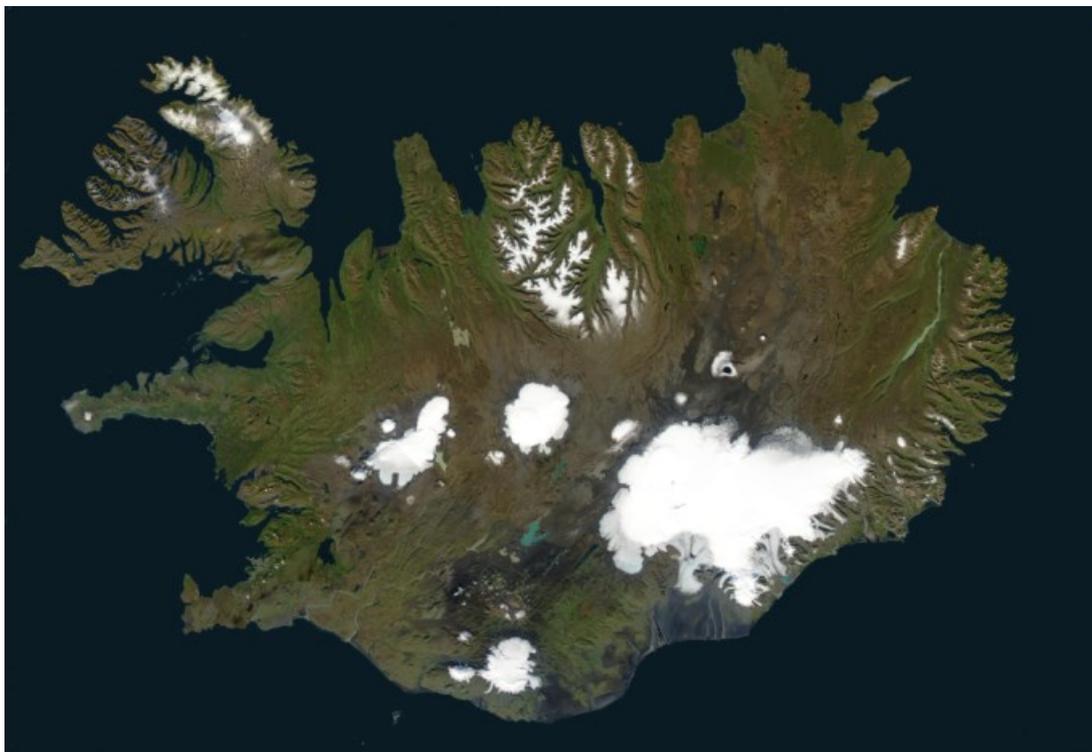


Bild von Island als Zeichen für den foranschreitenden Klimawandel [Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File%3AAlceland_sat_cleaned.png, vermutlicher Urheber: Akigka. Bild in der Public domain unter der Lizenz CC-BY-SA-3.0, via Wikimedia Commons]

Fallstricke rechtzeitig erkennen

Zurück zu Paris: So wichtig die Einigung von Paris ist, so notwendig ist es zugleich, mögliche politische Fallstricke zu erkennen, die bereits mit den vorbereitenden Dokumenten der vergangenen Klimakonferenz einhergingen. So enthielten 344 von 400 Szenarien des **Weltklimarat-Berichts** (des Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) Berechnungen zur Unterschreitung des Zwei-Grad-Ziels unter Einbeziehung sogenannter negativer Emissionen. Dabei wird etwa für eine Fläche von ein-einhalb Mal Indien die Option berechnet, mit Aufforstung schnell CO₂-bindender Pflanzen Emissionen wieder einzufangen, die auf der Zeitachse der Einsparvorgaben nicht hinreichend vermieden werden können. Die betreffenden Pflanzen wären dann zu verbrennen, unter Abscheidung des hierbei wiederum freigesetzten CO₂, das anschlie-

Die Einbindung tausender Vertreter von Nichtregierungsorganisationen birgt in diesen Fragen die Gefahr eines Verlustes der kritischen Stimme aus der Zivilgesellschaft.

Klimaanpassung – Klimaschutz

Zudem muss klar getrennt werden, welche Einigungspunkte solche des Klimaschutzes sind und welche solche von Klimawandelanpassungsstrategien. Auch wenn letztere mit Blick auf den bereits begonnenen Klimawandel nicht mehr vermeidbar sind, so müssen entsprechende Maßnahmen doch getrennt von Klimaschutzmaßnahmen betrachtet und finanziert werden. Mit einer Einigung auf Klimaanpassungsstrategien und entsprechenden Verpflichtungen ist noch kein Klimaschutz geleistet.



BUND INVESTIERT MILLIARDEN IN SCHNELLES INTERNET – AUCH SCHLESWIG HOLSTEIN PROFITIERT

Von **Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB**

Gute Nachricht für Schleswig Holstein: Der Bund unterstützt Kommunen und Landkreise mit einem Milliardenprogramm, um den Ausbau eines schnellen Internets, insbesondere in ländlich unterversorgten Gebieten, voranzutreiben. Ziel der Investition ist, in ganz Deutschland bis 2018 Internetanschlüsse mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit pro Sekunde verfügbar zu machen.

Verhandlungsmarathon zwischen Bund und Ländern hat sich gelohnt

Das Geld wird gezielt in Regionen fließen, in denen sich der Netzausbau wirtschaftlich alleine nicht rechnet. Damit schließen wir die **weißen Flecken auf der Landkarte**.

Insgesamt stehen für die Breitband-Förderung 2,7 Milliarden Euro vom Bund zur Verfügung. Sie werden durch Landesmittel ergänzt, so dass der Gesamtbetrag aus öffentlichen Kassen zwischen vier und fünf Milliarden liegt. Hierdurch werden zusätzliche private Investitionen in Milliardenhöhe angeregt.

Seit Mitte November 2015 können nun auch schleswig-holsteinische Kommunen und Landkreise ihre Anträge auf Förderung von Investitionskosten nach dem **Förderprogramm des Bundes zu Breitbandausbau** stellen. Pro Projekt können maximal 15 Millionen Euro an Fördermitteln ausgezahlt werden. Zusätzlich gibt es eine Bagatellgrenze von 100.000 Euro.

Weiterhin gibt es Beratungsmöglichkeiten, damit die Anträge schnell und korrekt erstellt werden können. Weitere Detailinfos zur Breitbandförderrichtlinie und zu den Möglichkeiten der Kommunen sind zu finden unter dem Link www.breitbandbuero.de.

Administrative Voraussetzungen schaffen

Nun kommt es darauf an, dass das Bundesverkehrsministerium zeitnah die administrativen Voraussetzungen schafft, um die Anträge schnell zu bearbeiten, damit in den bisher unterversorgten Regionen zügig mit den Pro-

jekten gestartet werden kann.

„Vectoring“ – Chance oder Segen?

Welche Methode zur Umsetzung eines schnellen Internets mit mindestens **50 Mbit** die zielführendere ist, wird bislang kontrovers diskutiert. Die Deutsche Telekom präferiert „Vectoring“ als geeignete kostengünstige Übergangstechnologie.

Die Monopolkommission stimmt dem zu, weist jedoch auch auf die Begrenztheit des Datenflusses hin. Ausdrücklich warnt sie zugleich vor einem **Technologiemonopol der Telekom**.

Zu befürchten ist der Monopolkommission zu Folge, dass es der Bundesnetzagentur nicht gelingt, das Technologiemonopol der Deutschen Telekom auf der so genannten letzten Meile im Nahbereich der Hauptverteiler zu verhindern. Hier braucht es eine schnelle und zielführende Lösung.



Dr. Birgit Malecha-Nissen bei einer Rede im Deutschen Bundestag
[Quelle: Birgit Malecha-Nissen]

ÜBERGÄNGE IN DIE RENTE WERDEN FLEXIBLER

Von **Gabriele Hiller-Ohm MdB**

Die Übergänge in die Rente vor Erreichen des regulären Rentenalters und darüber hinaus werden flexibler gestaltet, so dass Arbeit und Rente besser als bisher kombiniert werden können. Dabei konnten wichtige sozialdemokratische Ziele durchgesetzt werden.

Darauf haben wir uns Ende letzten Jahres mit unserem Koalitionspartner geeinigt: Teilrenten werden attraktiver und flexibler. Darüber hinaus werden Prävention und Reha gestärkt. Die parlamentarische Umsetzung soll in diesem Jahr erfolgen.

Teilrenten werden attraktiver und flexibler

Wir entschärfen das Damoklesschwert des starren Renteneintrittsalters. Wer kürzer oder länger arbeiten möchte, soll dies zukünftig einfacher tun können. Deshalb soll die Teilrente, die es bereits gibt, flexibler gestaltet werden. Künftig wird es möglich sein, die Teilrente ab 63 Jahren stufenlos zu wählen – das heißt alle können selbst darüber bestimmen, in welchem Umfang Teilrente und Teilerwerbstätigkeit kombiniert werden sollen.

Darüber hinaus wir haben beschlossen, dass die bisher starren **Hinzuverdienstgrenzen** flexibilisiert und durch ein **einfaches Anrechnungsmodell** ersetzt werden. Menschen, die eine vorgezogene Altersrente oder eine Erwerbsminderungsrente bekommen, können wie bisher 450 Euro zusätzlich anrechnungsfrei zur Vollrente hinzuverdienen. Jeder Euro darüber hinaus wird zu 40 Prozent auf die Rente angerechnet.

Stärkung von Prävention und Reha vor Rente

Zudem wollen wir, dass künftig noch mehr Menschen gesund und fit bis ins hohe Alter arbeiten können. Ein wichtiges Instrument ist der von uns durchgesetzte individuelle, berufsbezogene und freiwillige Gesundheitscheck für Versicherte mit 45 Jahren (**Ü45-Checkup**). Hierdurch werden rechtzeitig Präventions- und Rehabedarfe erkannt und die notwendigen Leistungen bis hin zu einer beruflichen Umorientierung zur Verfügung gestellt.

Gerechtigkeitslücke bei der Zwangsverrentung wird entschärft

Außerdem haben wir es geschafft, dass die **Gerechtigkeitslücke durch die Zwangsverrentung für ältere langzeitarbeitslose Menschen entschärft** wird. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sollen nicht bestraft werden, wenn sie aus Arbeitslosigkeit mit Abschlägen in die Rente gehen müssen. Deswegen können Hartz IV-Beziehende künftig nicht mehr gezwungen werden, eine

vorgezogene geminderte Altersrente in Anspruch zu nehmen, wenn sie dadurch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen wären.

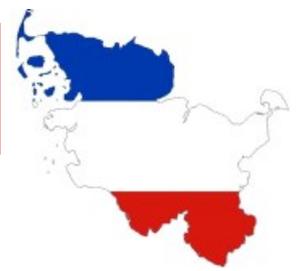
Zahlung von Beiträgen zum Ausgleich von Rentenabschlägen neu geregelt



Gabriele Hiller-Ohm auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude
[Quelle: Gabriele Hiller-Ohm]

Wer vor dem Erreichen der **Regelaltersgrenze** in Rente geht, muss mit Abschlägen rechnen. Bisher ist es ab 55 Jahren möglich, diese durch zusätzliche Beiträge auszugleichen. Künftig soll das bereits ab 50 Jahren möglich sein.

Zudem können die Beiträge in einer Summe, in Teilzahlungen, vom Arbeitnehmer selber oder aber vom Arbeitsgeber gezahlt werden. Damit können die Menschen ihren Ausstieg aus dem Erwerbsleben früher, flexibler und individueller planen – das macht dieses Instrument insbesondere für Normalverdienende attraktiver.



AUS DER ARBEIT DER KÜSTENGANG...

MARITIMES KNOW-HOW GEHT VERLOREN – TREND ZUR AUSFLAGGUNG ENTGEGENTRETEN

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB

Der Anteil der Schiffe, die unter deutscher Flagge fahren, ist in den letzten Jahren stark gesunken. Diese negative Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf **Beschäftigung und Ausbildung deutscher Seeleute**. Mit unserem Antrag zur **Neunten Maritimen Konferenz** haben wir uns das Ziel gesetzt, Anpassungen vorzunehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flagge langfristig zu sichern.

Darüber hinaus haben wir die Bundesregierung aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Sozialpartner einen **einvernehmlichen Vorschlag zur Änderung der Schiffsbesetzungsverordnung (SchBesV)** unterbreiten. Dadurch wollen wir maritimes Know-how und Arbeitsplätze am Standort sichern.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruk-

tur hat im Dezember 2015 angekündigt, die Verordnung dahingehend zu ändern, dass nur noch zwei europäische Seeleute auf Schiffen unter deutscher Flagge fahren müssen. Die **Position des Schiffsmechanikers** soll ganz gestrichen werden. Die Ausbildung zum Schiffsmechaniker bietet allen Schulabsolventen hervorragende Aufstiegsmöglichkeiten im Bereich der Seeschifffahrt und muss erhalten bleiben.

Das Verkehrsministerium ist in der Pflicht

Mit dieser Entscheidung hat sich das Verkehrsministerium sowohl gegen die Forderungen der **SPD-Küstengang** als auch der **Gewerkschaften** gestellt. Den Vorschlägen des Bundesverkehrsministeriums zur Änderung der SchBesV, stehen wir und die norddeutschen Bundesländer äußerst kritisch gegenüber. **Die angekündigten Änderungen der SchBesV werden negative Auswirkungen auf maritimes Fachwissen und Arbeitsplätze sowohl in Schleswig-Holstein als auch in ganz Deutschland nach sich ziehen.** Deswegen fordern wir das Bundesverkehrsministerium auf, seiner Verantwortung für Ausbildung und Beschäftigung deutscher Seeleute nachzukommen und die Personenvorschriften in der SchBesV nicht weiter zu senken. Die Änderung der Schiffsbesetzungsverordnung darf nur im Einvernehmen mit den Arbeitnehmervertretern geschehen.

Küstengang als Motor

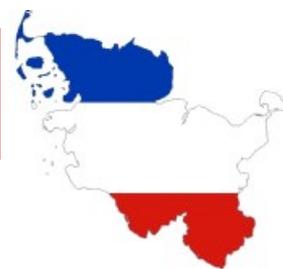
Wir müssen jetzt handeln um die **aktuelle Arbeitssituation in der maritimen Branche zu verbessern**. Deswegen wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern noch weiter intensivieren. Die Küstengang in der SPD-Bundestagsfraktion bietet sich als **Dialogplattform** für Fachpolitiker vom Bund und Ländern an. Deshalb hatte ich für Ende Januar ein Fachgespräch mit Vertretern der norddeutschen Bundesländer organisiert. Bei diesem Treffen haben wir die wichtigsten Themen für die maritime Branche erörtert und Ansätze für eine Strategie zur Stärkung des maritimen Standortes geschaffen.



Positive Bilanz für maritime Branche, v.l.n.r. Senator Frank Horch (Hamburg), Johann Saathoff MdB, Dr. Birgit Malecha-Nissen und der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies
[Quelle: Birgit Malecha-Nissen]

+++++++Was ist die Küstengang?+++++++

Die Küstengang besteht aus den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten der fünf norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Als Zusammenschluss möchte sie bei maritimen Themen dem Norden eine Stimme geben. Weitere Informationen finden sich unter www.kuestengang.de.



VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNGEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Die SPD-Bundestagsabgeordneten **Dr. Birgit Malecha-Nissen** und **Niels Annen** laden zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit dem Titel „**Wir handeln zusammen – Gemeinsam Flüchtlingssituation meistern**“ am Mittwoch, den **10. Februar 2016, ab 19 Uhr** ins Bürgerhaus im Ortsteil Schwentimental-Klausdorf, AWO-Raum, Seebrooksberg 1 in Schwentimental ein.

Die Anmeldung kann bis zum 8.2. über das Berliner Büro von Dr. Birgit Malecha-Nissen unter Telefon: 030/227-75165 oder per E-Mail unter birgit.malecha-nissen@bundestag.de erfolgen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete **Bettina Hagedorn** lädt am Montag, den **29. Februar 2016 ab 19 Uhr** zur Buchvorstellung und Diskussion von „**Spiegelbilder – Stegner in Schleswig-Holstein**“ mit **Dr. Ralf Stegner** und den Autoren des Buches in der Kreisbibliothek Eutin ein.

Die Anmeldung kann bis zum 25.2. über das Wahlkreisbüro von Bettina Hagedorn persönlich in der Lübecker Straße 6 in Eutin, per Telefon: 04521/71611, per Fax: 04521/78386 oder per E-Mail unter bettina.hagedorn.wk@bundestag.de erfolgen.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten **Dr. Nina Scheer** und **Dr. Ernst Dieter Rossmann** laden zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit dem Titel „**Gleiche Chancen auf gute Bildung**“ am Montag, den **7. März 2016 ab 19 Uhr** in die Aula der Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule, Soltausred-

der 28 in Barsbüttel ein.

Weitere Details können über das Berliner Büro von Dr. Nina Scheer unter Telefon: 030/227-73537 oder per E-Mail unter nina.scheer@bundestag.de eingeholt werden.

Zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung laden **Franz Thönnies MdB** und **Matthias Ilgen MdB** am Montag, den **7. März 2016 ab 19:30 Uhr** ins Stadthaus, Am Markt 4 in Bargteheide ein. Titel der Veranstaltung ist: „**Herausforderungen aktueller Flüchtlingspolitik: helfen, steuern, integrieren**“. Unter anderem wird **Landesinnenminister Stefan Studt** sich zu den Herausforderungen im Land äußern.

Weitere Informationen können über das Bürgerbüro von Franz Thönnies, Telefon: 04551/96 83 83 oder per E-Mail unter buergerbuero@thoennes.de erfragt werden.

Zu einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung laden die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten **Dr. Birgit Malecha-Nissen** und **Sönke Rix** am Donnerstag, den **21. April 2016 ab 19 Uhr** in Plön ein. Titel der Veranstaltung: „**Kitausbau weiter voranbringen – Das A und O für Mütter und Väter**“.

Informationen zum Veranstaltungsort und die Anmeldung können über das Plöner Büro von Dr. Birgit Malecha-Nissen, Telefon: 04522/765 60 60 oder per E-Mail unter birgit.malecha-nissen.mdb@bundestag.de erfolgen.

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB (Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion & Layout:

Sandra Lechelt M. A.
Referentin der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.144
11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de
Im Internet: <http://landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de/>

Korrektur:

Anika Habersaat M.A. (Büro Dr. Nina Scheer MdB)
Soeren van Heck M. A. (Büro Matthias Ilgen MdB)

Quellenangaben der Abbildungen:

Birgit Malecha-Nissen (S. 13, 15)
CBSS Sekretariat (S. 1, 5)
Deutscher Bundestag / Achim Melde (S. 3)
Gabriele Hiller-Ohm (S. 14)
https://commons.wikimedia.org/wiki/File%3Aalceland_sat_cleaned.png, vermutlicher Urheber: Akigka. Bild in der Public domain unter der Lizenz CC-BY-SA-3.0, via Wikimedia Commons (Island-Bild auf S. 12)
Joachim E. Roettgers (S. 11)
Jürgen Weber (S. 8)
Melina Ulbrich, Kirchenkreis Ostholstein (S. 9)
Peileppe / www.clipartlogo.com (Möwe auf S. 1)
Renate Schnack (S. 6)
Sebastian Donath (S. 4)
Sönke Allers (S. 15 Logo der Küstengang)
Sönke Rix (S. 10)
SPD Schleswig-Holstein (S. 7)
Thomas Imo/phototek.net (S. 2)